



Republik Österreich

**Datenschutz  
behörde**

A-1080 Wien, Wickenburggasse 8

Tel.: +43-1-52152-2569

E-Mail: dsb@dsb.gv.at

DVR: 0000027

**Angaben zur Datenanwendung  
Meldung einer Datenanwendung (gemäß Anlage 2 DVRV 2002BGBl. II Nr. 24/2002)**

**Art der Meldung:**

- Neumeldung einer Datenanwendung  
 Änderung einer Datenanwendung

**Bezeichnung der Datenanwendung und Zweck der Datenanwendung**

MA002 Zutrittskontrollsysteme der geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz;

Zweck der Datenanwendung:

Kontrolle der Berechtigung des Zutritts zu Gebäuden und abgegrenzten Bereichen durch den Eigentümer oder Benutzungsberechtigten mit Hilfe von Anlagen, die personenbezogene Daten automations-unterstützt ermitteln und speichern, einschließlich automationsunterstützt erstellter und archivierter Textdokumente (wie z.B. Korrespondenz) in dieser Angelegenheit.

**Registernummer:**

0051853

**Nummer der Datenanwendung**

0051853/094

**Name (sonstige Bezeichnung) und Anschrift des Auftraggebers:**

Magistrat der Stadt Graz  
Hauptplatz 1  
8011 Graz  
Österreich

**Telefon- und Faxnummer sowie E-Mail-Adresse des Auftraggebers:**

Tel.: 0316 872 2336  
walther.nauta@stadt.graz.at

**Vertreter des Auftraggebers:**

**Vertreter des Auftraggebers in der EU bei der Datenanwendung:**

**Datenschutzbeauftragter:**

**Die Datenanwendung gehört zum**

- privaten Bereich
- öffentlichen Bereich

**Die Datenanwendung erfolgt**

- automationsunterstützt
- manuell

**Angaben zur Anwendbarkeit der Vorabkontrolle (§ 18 Abs. 2 DSG 2000):**

- Verwendung von sensiblen Daten
- Verwendung von strafrechtlich relevanten Daten
- Vorliegen eines Kreditinformationssystems
- Vorliegen eines Informationsverbundsystems
- Videoüberwachung (gemäß § 50c DSG 2000)
- Vorliegen keiner der Voraussetzungen

**Rechtsgrundlage(n) für die gemeldete Datenanwendung**

§ 96a Abs. 1 Z 1 ArbVG und § 9 Abs. 2 lit.f PVG;

Höchstdauer der zulässigen Datenaufbewahrung:

Bis zum Ende der Zutrittsberechtigung und darüber hinaus solange als gesetzliche Aufbewahrungsfristen bestehen oder solange besondere Rechtsansprüche aus dem Arbeitsverhältnis gegenüber dem Arbeitgeber geltend gemacht werden können. Sofern keine besonderen Aufbewahrungsfristen bestehen, sollen die Daten sechs Monate nach Ende der Zutrittsberechtigung gelöscht werden.

96a Abs. 1 Z 1 ArbVG und § 9 Abs. 2 lit. f PVG

**Bescheid der Datenschutzbehörde (Internationaler Datenverkehr gemäß § 13 DSG 2000):**

**Bescheid der Datenschutzbehörde (Auflagenbescheid gemäß § 21 Abs. 2 DSG 2000):**

**Besondere Angaben zum Inhalt der Datenanwendung:**

Betroffene Personengruppen	Datenarten	Nummern der Empfängerkreise
Zutrittsberechtigte:	Ordnungsnummer	
	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen (nur bei Dienstnehmern eines Auftraggebers des öffentlichen Bereiches): Personalverwaltung (PV)	01
	Vor- und Familienname, akad. Grad/Standesbezeichnung	
	Geschlecht	
	Beziehung des Betroffenen zum Auftraggeber (Mitarbeiter, Kunde, sonstiger Besucher)	
	Telefon-, Faxnummer, und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben, sofern dies zur	

	raschen Verständigung des Betroffenen erforderlich ist	
	Lichtbild des Betroffenen, sofern dies als zusätzliche Sicherheitsmaßnahme erforderlich ist	
	Zutrittscode	
	Vom Berechtigten einzugebender Berechtigungscode	
	Daten der Zutrittsberechtigung, insbesondere die Bereiche und Zeiten, für die die Berechtigung gilt, die Sicherheitsstufe, ebenso besondere Befugnisse wie z.B. das Recht, mit einem Fahrzeug in den geschützten Bereich einzufahren	
	Gültigkeitsdauer der Zutrittsberechtigung	

**Beabsichtigte Übermittlungen aus dieser Datenanwendung:**

Nummer und Bezeichnung des Empfängerkreises	Rechtsgrundlage für die Übermittlung
1 Stammzahlenregisterbehörde im Rahmen ihrer Befugnisse nach dem E-Government-Gesetz.	E-Government-Gesetz.